(Oberer Saal).
25. und Mittwoch. Experimental-Vorträge statt.
Finn.
Programme, sehr viele neue Ideen keine Wiederholung.
Restaur., Ratiborerstr.
Abend, den 22. Januar:
Großes Schweinschlachten
Früh 9 Uhr: Wellfleisch und Wellwurst,
Abends: Wurstabendbrod
auch außer dem Hause.
Masken-Atlasse
sehr billig
zu haben bei
Adolf Pese
Bahnhofstraße 11.
Max Przesang's
Reinigungs-Anstalt
Herren-, Damen- u. Kinderkleider, sowie Teppiche und Portièren
Wäsche an der Klodnitz No. 11
Meyer's Seifenfabrik
Stetig für Bäcker
frische, vollkommene Hefe giebt ab
Oberschlesischer Löwenbierbrauerei
H. Saobel.
Mitrail-Puder
W. Reichert, Berlin,
Puder (Gesichtspuder), verschönert und conservirt den Teint, Aussehen von Jugendlichkeit und Zartheit, wird vom Adel und ersten Künstlern mit Vorliebe angewendet.
Hubert's Serail-Puder
unschädlich, ist festhaltend für das geübteste Auge, wird ärztlich empfohlen. Pkt. 75 Pfg. empfiehlt
Wildt, Coiffeur,
Hechte, Zander, Schleien
Karpfen und grüne Heringe
Sendung empfiehlt
Julie Klose, Bankstraße.
Ungarn Winter-Kartoffeln
zu Marktpreisen,
Getreide ab frei ins Haus liefert
Ernsen, Ratiborerstr. 21.
Zabrzer Kohlen
Königin Louisegrube, fuhrenweise ab Hause offerirt und werden Bestellungen entgegen genommen im Geschäftslokal von
Feldmann, Mehl- und Produktengeschäft, Nikolaistraße No. 5.
Prima Schlosser
Grube Arbeit in der
Wilhelmshütte
Waldenburg i. Schl.
Große Auswahl
in
Pallon-Orden
Leval-Mützen,
-Kappen
sowie
Bälle, Pfannkuchen
Repsekinnen,
Papier-Füllung,
empfiehlt die
Papier- und Schreibmaterialien-Handlung
von
Stadtbuchdruckerei
Ring-Platz No. 1.
Mk. sind in allen Lotteriegeschäften
Kirchstrasse 29.

Der oberschlesische Wanderer.

Die Zeitung erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt in Gleiwitz frei ins Haus oder bei Abholung in den Ausgabestellen mit Sonntagsblatt monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk., ohne Sonntagsblatt abgeholt wöchentlich 15 Pfg., bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Oberschlesische Zeitung.

Anzeigen in diese Zeitung werden die 6spaltige Grundzeile oder deren Raum mit 15 Pfg., die Empfehlungszeile mit 30 Pfg., die Auskunftsertheilung durch die Geschäftsstelle mit 40 Pfg. berechnet. Belags- oder einzelne Nummern des Blattes werden für 10 Pfg. abgegeben.

Alleiniges amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Die Vierteljahrs-Abnehmer dieser Zeitung erhalten allsonntäglich das „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

Nr. 17. Fernsprechr: Gleiwitz, Wanderer. Gleiwitz, Sonnabend, den 22. Januar 1898. Fernsprechanschluß Nr. 10 des oberschl. Industriebezirks. 71. Jahrgang.

Tages- und Geschichtskalender.

S.-A.	S.-U.	22. Januar.	M.-A.	M.-U.
7.35 U.	4.20 U.		7.37 U.	4.44 U.

1729 G. E. Lessing, gest. — 1788 Lord Byron, engl. Dichter, geb. — 1871 Franctireurs sprengen die Moselbrücke bei Fontenoy. — 1893 Virg. Lochner, Liederkomponist, gest.

Bestellungen auf den „Oberschl. Wanderer"

für den Monat Februar

werden entgegen genommen von sämmtlichen Postanstalten, sowie in Gleiwitz und in Zabrze durch unsere Vertreter.

Der Bezugspreis beträgt vorauszahlbar abgeholt bei der Post oder im ganzen Stadtgebiete von Gleiwitz frei ins Haus, sowie in Zabrze

monatlich 60 Pfg.

Probenummern überallhin kostenfrei.

Verlag des „Oberschlesischen Wanderers."

Der Zug nach der Großstadt.

Zu den bedenklichsten socialen Erscheinungen der Gegenwart gehört nach allgemeiner Ueberzeugung der Zug nach den Großstädten und die damit verknüpfte Entvölkerung des platten Landes. Die Krisis der heimischen Landwirthschaft verschärft sich durch den Arbeitermangel außerordentlich; in den Städten wächst mit dem Anschwellen der industriellen Reservearmee die Arbeitslosigkeit, und es bildet sich ein großstädtisches Proletariat heraus, das der starken Wurzeln sittlicher Kraft, wie solche in Heimathsgefühl und Bodenständigkeit gegeben sind, entbehrt, und den Lockungen des Umsturzes um so leichter zum Raube fällt, je mehr fehlgeschlagene Hoffnungen einen Nährboden der Unzufriedenheit und des Mißmuths geschaffen haben. Seit lange bildet daher auch die in Rede stehende Erscheinung bereits einen Gegenstand eifrigsten Nachdenkens für die Volkswirthe und praktischen Politiker.

In den Augen des Radikalismus ist die Frage sehr einfach gelöst. Die „Junker" brauchen nur ihren Leuten bessere Löhne zu zahlen, und Niemandem fällt es mehr ein, die Großstadt aufzusuchen. Eine derartige Ansicht aber ist so oberflächlich wie nur möglich. Einmal beweisen die Thatsachen, daß auch aus kleinbürgerlichen Distrikten eine mindestens ebenso starke Abwanderung stattfindet. Die Trennung des Großgrundbesitzes vom Kleinbesitze, um dem ersten allein die Schuld aufbürden zu können, ist daher in dieser wie in so vielen andern Fragen durchaus ungerecht.

Sodann aber würde auch, wenn wirklich in der niedrigen Höhe der ländlichen Löhne die Hauptursache für den großstädtischen Zustrom zu suchen wäre, mit dieser Erkenntniß für die Beseitigung des Uebels wenig oder nichts gewonnen sein. Nicht böser Wille, sondern wenigende Leistungsfähigkeit der Landwirthschaft würde in diesem Falle die Löhne niedrig erhalten, und es bedürfte erst einer gründlichen Ueberwindung der gegenwärtigen Krisis, ehe an eine größere Seßhaftigkeit der Landarbeiter-Bevölkerung zu denken wäre.

Thatsächlich aber ist die Frage der wirthschaftlichen Stellung nicht der einzig oder auch nur vorwiegend entscheidende Punkt. Selbst von einem so wenig „agrarisch" gesinnten Schriftsteller wie Hirschberg, dem Verfasser des Buches über „Die sociale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin," wird eingestanden, daß die Unterschiede des ortsüblichen Tagelohnes durch den theuren Lebensunterhalt der Großstadt zum Theil wieder wett gemacht werden. Groß ist daher auch die Zahl derjenigen Mitglieder des Arbeiterstandes, die dem erträumten Eldorado der Großstadt alsbald wieder den Rücken kehren. So betrug im Jahre 1895 für Berlin der Fortzug von Gehilfen, Gesellen, Arbeitern, Dienstboten in runden Zahlen beim männlichen Geschlechte 64 000, beim weiblichen 43 000 Personen. Geistig-sittliche Momente, unklare Hoffnungen und Illusionen, Wanderlust und Vergnügungssucht, nicht jedoch die thatsächlichen Unterschiede der wirthschaftlichen Lage bilden das Hauptmotiv der Abwanderung.

Unter den realen Verhältnissen aber, die den Zufluß Unverheiratheter nach Berlin besonders erleichtern und begünstigen, sei in Kürze noch auf eins hingewiesen. Es ist dies das Schlafstellen-Unwesen. Nach der Zählung von 1890 gab es in Berlin nicht weniger als 95365 Schlafstellen-Leute. Es sind dies Leute, die, um mit den Worten eines bekannten Statistikers zu sprechen, „nur in der Nacht berechtigt, am Tage geduldet" sind. Für 6 bis 9 Mark wird ihnen ein Aufenthalt für die Nacht, eine Stelle zum Schlafen geboten. Dieses billige Wohnen gerade, das ja im Grunde genommen kein Wohnen ist, ermöglicht zahlreichen Existenzen zum Schaden der Gesammtheit das Durchkommen in der Großstadt und wirkt somit fördernd auf ein ungesundes Uebermaß proletarischen Zuzuges und proletarischer Anhäufung ein. Wie traurigen Art die sanitären und sittlichen Folgen sein müssen, die sich aus dem Schlafstellen-Unwesen ergeben, leuchtet wohl zur Genüge daraus hervor, daß 1890 von den 95365 Schlafleuten zwei Drittel bei einem Ehepaare und fast drei Viertel in Haushaltungen mit Kindern und ferner 39 Prozent in Wohnungen mit nur einem Zimmer wohnten. Gelingt es hier die bessernde Hand anzulegen, so dürfte damit auch dem Zuzuge nach der Großstadt nicht unwesentlich Abbruch geschehen.

Deutsches Reich.

Berlin, 20. Januar 1898.

— Für die Einweihung der evangelischen Kirche in Jerusalem, der der deutsche Kaiser und die deutsche Kaiserin beizuwohnen gedenken, ist der 31. Oktober als der Jahrestag der Grundsteinlegung durch den damaligen Kronprinzen im Jahre 1869 in Aussicht genommen.

— Der Diebstahl amtlicher Aktenstücke ist in der Montagssitzung des Reichstages von dem Herrn Staatssekretär Graf von Posadowski mit berechtigter Schärfe gegeißelt worden. Es darf angenommen werden, daß die Behörden mit allen gesetzlichen Mitteln vorgehen, um das elende Treiben untreuer Beamten zu verhindern und hinter das Geheimniß des neuesten Aktendiebes zu kommen. Wenn ein Beamter den von ihm geleisteten Diensteid bricht, den Weg der Ehre und Treue verläßt und sich zum Verräther an der eigenen vorgesetzten Behörde macht, so ist das in hohem Maße betrübend. Wenn das aber öfter vorkommt, so ist das eine ernste Gefahr für den Staat. Denn es kann kein Staatswesen bestehen, ohne sich auf die Ehrenhaftigkeit und Treue seiner Beamten verlassen zu können, und derjenige Beamte, der — sei es auch aus politischem Interesse — Schriftstücke stiehlt, um sie auf den Redaktionstisch einer Zeitung „fliegen" zu lassen, ist eine Schande für das ganze Beamtenthum. Im Interesse der Beamten selbst also liegt es, derartige Ehrlose aufzuspüren.

— Daß die Blicke Deutschlands bereits im Jahre 1870 auf die Erwerbung der Kiautschau-Bucht gerichtet waren, beweist eine Mittheilung Ferdinands von Richthofens, des bekannten Geographen, Geologen und Forschungsreisenden. Richthofen war als Geologe der preußischen Sendung nach Japan, China und Siam in den 60er Jahren beigegeben und widmete sich dann von 1868—1872 in Shanghai der besonderen Erforschung von China. Nach Richthofen hat Fürst Bismarck bereits 1870 die Besetzung der Kiautschau-Bucht beabsichtigt, deren große Vorzüge dem deutschen Gelehrten sofort in die Augen gefallen waren, während die Gefahr einer Versandung durch den Fluß Ku-ho doch nur in sehr weiter Ferne liege und vorläufig ganz außer Betracht bleiben dürfe. Die deutschen Pläne geriethen durch den Ausbruch des Krieges von 1870 in den Hintergrund, indessen wurde aufgeschoben nicht aufgehoben. Professor Kirchhof in Halle war es, der im dortigen Verein für Erdkunde auf diese vielen, gewiß neue Mittheilungen aufmerksam machte, und der großen allgemeinen Freude unter vielem Beifall Ausdruck verlieh, daß die jetzt zur Thatsache gewordene Erwerbung insofern auch ein im Fahrwasser des weitausschauenden Altreichskanzlers erreichter großer Erfolg sei, dessen ganze Tragweite sich zur Stunde noch gar nicht übersehen lasse.

— Der Magistrat von Frankfurt a. M. beantragte bei der Stadtverordneten-Versammlung, anläßlich des 50jährigen Gedenktages der Parlamentseröffnung am 18. Mai 1848 auf dem Paulsplatze ein Denkmal zum Andenken an die Vorkämpfer der Einheitsbestrebungen von 1814 bis 1864 zu errichten, ferner an der Paulskirche Bronzetafeln zur Erinnerung an das Parlament anzubringen und schließlich den neuen Römersaal mit Bildern aus der deutschen, bezw. Frankfurter Geschichte dieses Jahrhunderts auszuschmücken.

— Zur kretensischen Frage äußert sich heut die „Nordd. Allg. Ztg." wie folgt: Die früher schon von der „Times", jetzt auch von der „Morning-Post" vertretene Anschauung, daß die Persönlichkeit des Kandidaten für den kretischen Gouverneurposten eine gewisse Sicherheit für die Wahrung der Interessen der muhamedanischer Minderheit bieten müsse, schließt die Wahl des Gouverneurs durch die kretensische Nationalversammlung aus. Desgleichen lasse sich die Kandidatur eines griechischen Prinzen mit jener Ansicht nicht vereinigen, da die Einsetzung eines griechischen Prinzen als Gouverneur die Annektion Kretas durch Griechenland einleiten werde, was gewiß nicht dem Grundsatze der Gerechtigkeit gegen die muhamedanische Bevölkerung der Insel und der Friedensinteressen im Orient entspricht.

— Magazingenossenschaften. Wie die „Blätter für Genossenschaftswesen" mittheilen hat das Ueberhandnehmen der Bazare und Versandtgeschäfte in den Kreisen angesehener Berliner Ladeninhaber Erwägungen darüber hervorgerufen, ob es nicht an der Zeit sei, auf dem Wege der Genossenschaft Warenhäuser zu errichten, die aus Verkaufsauslagen zahlreicher selbständiger Detailgeschäfte zusammengesetzt, den Käufern dieselben Bequemlichkeiten und Vortheile wie die Bazare, aber reichere Auswahl, eine größere Sicherheit für Solidität und eine bessere Bedienung bieten würden. Wie man berichtet, sind die zu einem solchen Unternehmen erforderlichen Vorbereitungen bereits in die Wege geleitet und man kann nur wünschen, daß sie guten Fortgang nehmen. In der That wäre ein solcher Schritt der Selbsthilfe zu begrüßen und es ist gar nicht zweifelhaft, daß leistungsfähige und reelle Magazingenossenschaften eine rege Unterstützung namentlich von seiten der sozial denkenden Bevölkerung finden würden. Es erscheint zwar die Möglichkeit, den Krebsschäden allein auf dem Wege der Selbsthilfe wirksam entgegentreten zu können, ausgeschlossen; denn auch in den Magazingenossenschaften wird der eigentliche Kleingewerbetreibende mangels Kapitalkraft kaum zahlreich vertreten sein. Ein staatliches Eingreifen in die verhängnißvolle großkapitalistische Entwickelung des Detailhandels dürfte geboten sein. Allein das hindert nicht, daß inzwischen das Vorgehen auf dem Wege der Selbsthilfe warm empfohlen werden kann.

— Der Reichstag setzt heute die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern fort. Abg. Frhr. von Stumm erklärte, der allerhöchste Erlaß hätte seinen Ausdruck in der Arbeiterschutzgesetzgebung gefunden. Es komme aber nicht bloß darauf an, die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber zu schützen. Es sei unrichtig, daß durch die Aufhebung des Socialisten-Gesetzes die Socialdemokratie benachtheiligt worden sei. Daß die katholischen Arbeitervereine etwas maßvoller seien als die socialdemokratischen, gebe er zu. Aber die evangelischen Arbeitervereine kämen zum großen Theil in ihrer Agitation den socialdemokratischen nahe. Eine Anzahl evangelischer Geistlicher gebe den Socialdemokraten an verhetzender Sprache nichts nach. Abg. Fischer (soz. dem.) legt dar, es sei zwar richtig, daß Ausschreitungen bei den Streiks vorkämen, aber sie seien nicht in solchem Umfange vorgekommen, daß deshalb derartige neue Maßregeln, wie sie nach dem Erlasse des Grafen Posadowsky geplant seien, vollständig erschienen. Wie weit die Regierung kommt, wenn sie den Rathschlägen des Frhrn. v. Stumm folgt, das zeige die Entwickelung der Socialdemokratie unter dem Sozialistengesetz, das ja ganz im Stumm'schen Sinne gewesen sei. Die sittliche Entrüstung des Grafen Posadowsky sei um so seltsamer Angesichts der Ergebnisse des Prozesses Lützow, wo sich herausgestellt habe, daß Polizeiagenten sogar Urkunden fälschten, und daß Minister mit Spitzeln gegen einander arbeiteten. Unter solchen Umständen werde man doch dem „Vorwärts" nicht verübeln können, wenn er von einer Nachricht Gebrauch gemacht habe, die ihm ohne sein Zuthun zugegangen sei. Der Redner geht ferner auf die Rechtsprechung gegen Arbeiter ein, die er eine skandalöse nennt. Der Präsident Frhr. v. Buol bemerkt, der Redner habe im Laufe seiner Ausführungen wieder Ausdrücke gebraucht, die er unmöglich als parlamentarisch zulässig gelegen lassen könne, er rufe ihn daher zur Ordnung. Abgeordneter Fischer beleuchtet weiter eine Reihe von Richtersprüchen und schließt mit einem nochmaligen Angriff gegen die Regierung. Staatsminister Graf Posadowsky betont, wer geglaubt habe, daß sich die Sozialdemokratie mäßiere und im Begriffe sei, eine bürgerliche Partei zu werden, den werde die Rede des Vorredners eines Anderen belehrt haben. Wenn der Vorredner sage, daß er, der Minister, nur gegen Arbeiter und niemals gegen Unternehmer vorgehe, so irre er. Er, Redner wolle aber, damit nicht wieder eine Indiskretion nöthig werde, gleich hier mittheilen, daß er auch eine Statistik einleiten wolle über Streiks und über dabei vorgekommene Gewaltthätigkeiten. Nicht wahr sei die Behauptung, daß die Kaiserlichen Erlasse unerfüllt geblieben seien. Redner giebt sodann Details über die Ausschreitungen bei dem Streik in Torgelow, wo organisirte und von Berliner Agitatoren bezahlte Ausständige die Seele der Ausschreitungen gewesen seien. Was den Prozeß Tausch und die Vorgänge, die der Vorredner erwähnt habe, betreffe, so billigte er nichts der Behörden, was sich nicht mit den Gesetzen von Recht und Moral vertrage. In monarchischen Staaten geschehe mehr für die Arbeiter als in den Republiken. Wir hätten einen Schritt gethan, den uns noch keine Republik nachgemacht habe: die Einführung einer progressiven Einkommensteuer. Der Redner fordert schließlich alle bürgerlichen Parteien auf, Schulter an Schulter gegen die sozialdemokratische Sturmfluth zu stehen.

— Im Abgeordnetenhause begann heute die erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend Vermehrung des Fonds der Ansiedelungskommission für Posen und Westpreußen. Die Berathung wurde durch den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe eingeleitet. Derselbe führte aus, die Regierung sei bei ihrer Vorlage von wirthschaftlichen und politischen Erwägungen ausgegangen. In wirthschaftlicher Beziehung halte sie es für die Wohlfahrt der Provinzen Posen und Westpreußen für erforderlich, die Zahl der selbständigen Bauernsitze zu vermehren. Was die politische Seite anlange, so sei es Thatsache, daß in den national gemischten Landestheilen die polnische Nationalität sich mehr und mehr auf Kosten der deutschen ausdehne. Dieser Entwickelung entgegenzutreten und das Deutschthum zu stärken sei Zweck des Gesetzes; dabei sei jedoch die Regierung von keiner feindlichen Tendenz gegen die polnische Bevölkerung geleitet. Die Polen müßten angesichts der Fürsorge der preußischen Regierung für ihre Landestheile ihre Pflichten als Preußen erfüllen und sich als treue Unterthanen des Königs betrachten und fühlen. Allerdings gebe es jetzt schon nicht wenige Polen, die von solcher Gesinnung durchdrungen seien. Andererseits seien jedoch auf polnischer Seite leider auch starke Bestrebungen bemerkbar, welche darauf gerichtet sind, Feindschaft gegen die Deutschen zu erregen. Diesen Bestrebungen und solcher Propaganda müsse die Regierung entgegentreten, weil sie eine Gefahr für Deutsche, wie für Polen bedeute. Auf die von manchen Polen angestrebte Umgestaltung des Verhältnisses der polnischen Landestheile zur Monarchie im Sinne einer lockeren Verbindung mit Preußen werde die Regierung niemals eingehen. Eine Lockerung des Verhältnisses dieser Provinzen zu Preußen würde die Existenz des Staates bedrohen. Wir können und werden die Provinz Posen niemals wieder aufgeben. Der Reichskanzler betonte zum Schluß, daß er mit vielen Polen in freundschaftlichen, mit einigen auch in verwandtschaftlichen Beziehungen stehe. Aber wo die Interessen der preußischen Monarchie in Frage kommen, kenne er keinen Compromiß. Wenn die Polen sich ihrer unerfüllbaren Hoffnungen entschlagen und ehrliche Preußen werden und bleiben, so werden wir uns mit ihnen verständigen und friedlich mit ihnen zusammenleben. Nach dem Reichskanzler sprach der Pole v. Jedzewski. Er führte aus, daß die Vorlage ebenso, wie das ursprüngliche Gesetz mit der preußischen Staats- und der deutschen Reichsverfassung in Widerspruch stehe, auf eine zielbewußte Germanisation und Protestantisirung der einheimischen polnischen Bevölkerung hinstrebe und infolgedessen die nationalen und religiösen Gegensätze verschärfen und vertiefen. Die für die Vorlage beigebrachten Gründe suchte der polnische Redner als unzutreffend nachzuweisen. Die Polen ständen nicht einer landesväterlichen Regierung gegenüber, sondern einem Regiment, welches das Germanisirungswerk rücksichtslos fördern wolle.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Prag, 20. Jan. Gestern Abend mußte die Infanterie mit gefälltem Bajonett die czechischen Massen angreifen und auseinandertreiben, hierauf sprengte Gendarmerie in ganzer Straßenbreite über den Wenzelsplatz und vertrieb alle Haufen; auch die übrigen Gassen wurden gesäubert. Fast alle Deutschen tragen jetzt blindgeladene Revolver, um Nachts Alarmschüsse abzufeuern, wenn sie angegriffen werden.

— Landtag. Gleich zu Beginn der heutigen Sitzung entstehen lebhafte Scenen. Es wird eine Interpellation der czechischen Abgeordneten Dvorzak und Genossen an den Statthalter bezüglich der letzten Ausschreitungen verlesen. In der Interpellation heißt es: Die in der letzten Landtagssitzung absichtlich hervorgerufenen stürmischen Scenen verfolgten den Zweck, jede Thätigkeit des Landtages lahmzulegen und die Politik auf die Straße zu tragen. Durch diese Provocationen soll das czechische Volk in Aufregung versetzt werden, damit, wenn es aufgereizt ist, die bewaffnete Macht einschreiten könne. Nur der Ruhe und Kaltblütigkeit der czechischen Abgeordneten sei es zu danken, daß es nicht im Landtage zu solchen Scenen wie in Wien gekommen ist. Die Couleur-Studenten werden von Inspiratoren aufgereizt und provociren absichtlich. Die Interpellanten verweisen auf das angeblich ungebührliche Vorgehen des Militärs und sagen, der Statthalter kenne die Seele des czechischen Volkes schlecht, wenn er glaube, daß der Säbel das einzige Mittel zur Herstellung der Ordnung sei. An Allem, was sich in der letzten Zeit zugetragen hat, seien die systematisch betriebenen Provocationen der Deutschen schuld. Schließlich fragen die Interpellanten den Statthalter, was er zu thun gedenke, damit die eigentlichen Ursachen der im czechischen Volke herrschenden Erregung beseitigt werden. Statthalter Graf Coudenhove giebt die Erklärung ab, daß er die Polizeidirektion angewiesen und die Militärbehörden ersucht habe, es mögen Polizei und Militär mit möglichster Rücksichtnahme vorgehen. (Stürmische Unterbrechung seitens der Jungczechen.) Der Oberst-Landmarschall erklärt, er gehe zur Tagesordnung über und ertheile dem Abg. Prof. Fournier das Wort. Die Czechen rufen: Gehen wir weg! Einige verlassen den